



DAS

NIEDERSACHSENPAPIER

MIT LÖSUNGEN ÜBERZEUGEN.

SPD Niedersachsen

05. Februar 2011



P RÄAMBEL

In diesem Jahr wählen über 6 Millionen Menschen Niedersachsens in Städten, Gemeinden und Landkreisen ihre Kommunalparlamente. Gemeinsam mit ihnen wollen wir das Beste für unser Bundesland erreichen. Bereits heute nehmen viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Verantwortung wahr für soziale Gerechtigkeit, lebendige Gemeinden, gute Bildungschancen und gute Versorgungsstrukturen. Wir werden uns immer dann besonders deutlich zu Wort melden, wenn diese Grundbedürfnisse in Gefahr sind. Aber: Kritik allein genügt nicht!

**Die SPD bietet Lösungen und Visionen an,
die besser sind als die der anderen Parteien.**

Wir gestalten eine Politik, die auf starke und handlungsfähige Kommunen für alle Menschen ausgerichtet ist. Und wir werfen nicht morgen das um, was wir gestern beschlossen haben. Aber wir beharren auch nicht stur auf unserer Meinung. Wir wollen Politik mit Allen gemeinsam gestalten. Teilhabe ist kein Privileg, sondern Voraussetzung für gelingendes Miteinander. Inklusion ist für uns in allen gesellschaftlichen Bereichen selbstverständlich.

Wir greifen die Ideen und Impulse der Bürgerinnen und Bürger auf und setzen sie gemeinsam mit den Beteiligten um. Genauso ducken wir uns nicht weg, wenn wir kritisiert werden. Demokratie braucht auch neue Beteiligungsformen. Dabei wollen wir stärker auf das Internet setzen.

Sechs wichtige Felder bilden den **Rahmen unserer Politik** für unsere Heimat Niedersachsen:

A RBEIT & SOZIALES

– GUTE ZUKUNFT & CHANCEN FÜR ALLE

CDU und FDP behaupten, die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt mit **Leiharbeit**, **Dumpinglöhnen** und **befristeten Beschäftigungen** seien in Ordnung und ein Mindestlohn nicht erforderlich. Aber: Unsichere, prekäre Beschäftigung belastet einseitig die



betroffenen Menschen, grenzt sie aus und schwächt zudem die kommunalen Haushalte. Bei der Ausweitung der Leiharbeit wurden in der Vergangenheit Fehler gemacht - auch von uns. Was gut gemeint war, wird inzwischen schamlos ausgenutzt. Diese Fehler wollen wir beheben. Gleiche Arbeit muss auch ab dem ersten Tag gleich bezahlt werden. Dumpinglöhne müssen ein Ende haben. Wir kämpfen deshalb zusammen mit den Gewerkschaften für mehr **allgemeinverbindliche Tarifverträge**, verbindliche und existenzsichernde **Mindestlöhne, Mitbestimmung** und **faire Beschäftigungsbedingungen**. Das ist wichtig für die Menschen und entlastet zudem die kommunalen Haushalte. Wenn nämlich Menschen wegen geringer Arbeitseinkommen später nicht von ihren Renten leben können, müssen die Kommunen das Geld für die Grundsicherung im Alter aufbringen. Es kann nicht angehen, dass die Allgemeinheit die Folgen von Niedrigstlöhnen ausbaden muss.

Arbeitsplätze mit Zukunft fallen nicht vom Himmel. Die SPD in Niedersachsen will Voraussetzungen schaffen, um Arbeitslosigkeit, im Besonderen Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen. Auch der Ausbau von Beschäftigungsangeboten in den Kommunen kann neue Perspektiven aufzeigen. Die Entwicklung regionaler Strukturen, Innovationsförderung, Wissensaustausch und die Verbesserung von Qualifikationen sind wichtige Beiträge zur **Stärkung unserer wirtschaftlichen Basis**. Allerdings muss auch klar sein, dass nur solche Betriebe öffentliche Förderung erhalten, die Tariflöhne zahlen und Betriebsräte zur betrieblichen Wirklichkeit gehören.

Die flächendeckende und bezahlbare **Versorgung mit allen notwendigen medizinischen Leistungen** ist für uns unverzichtbar. Jedoch: Während die allgemeinmedizinische Versorgung in städtischen Regionen meistens gesichert ist, wird in so manchen niedersächsischen Orten der „Landarzt“ zum Auslaufmodell. Niedersachsen zerfällt in immer mehr unterschiedlich versorgte Regionen und CDU und FDP schauen tatenlos zu. Nur mit flächendeckender Grundversorgung, fachübergreifenden Vernetzungsstrukturen mit Schwerpunktbildung in den ländlich gelegenen Krankenhäusern können wir die Herausforderungen der Zukunft meistern. Mit der SPD wird die Krankenhausplanung und -finanzierung wieder verlässlich - unabhängig vom Wohnort. Die Schranke zwischen stationärer und ambulanter Versorgung muss fallen. Um **mehr Mediziner/innen** für versorgungsschwache Regionen zu gewinnen starten wir eine Existenzgründer/innen-Initiative.

Auch in der **Pflege herrscht Notstand**. Es gibt kein Erkenntnisdefizit, sondern einen Handlungsstau. Unsere Politik ist anspruchsvoll und führt zu guten Lösungen: Mehr Selbstbestimmung und höhere Lebensqualität für Pflegebedürftige, bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte.



S AUBERE, BEZAHLBARE ENERGIE

– KEINE ZWEITE „ASSE“ ZULASSEN

Sichere, bezahlbare, saubere und nachhaltige Energie ist die Basis für einen starken Wirtschaftsstandort Niedersachsen. Viele Arbeitsplätze, unser Wohlstand und unsere Lebensqualität sind davon abhängig. Die Energiefrage ist eine entscheidende Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Dazu muss man Energie einsparen, Energie effizient produzieren und auf erneuerbare Energien setzen.

Schwarz-Gelb hat die **Energiezukunft** für unser Land gestoppt und bedient lieber die Interessen von Atomlobby und Stromgiganten, indem die Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke brachial durchgepeitscht werden. Die SPD hatte bereits vor über 10 Jahren den erneuerbaren Energien mit gesetzlicher Förderung zum Durchbruch verholfen. Negative Auswüchse, wie beispielsweise die „Vermaisung“ der Landschaft durch zu viele Biogasanlagen, müssen begrenzt werden - ohne den vorrangigen Ausbau der erneuerbaren Energien zu behindern, wie es Schwarz-Gelb gerade tut. Das ist schädlich für Industrie-Unternehmen, Handwerksbetriebe und Landwirte. Es ist **schädlich** für die Wirtschaft Niedersachsens. Denn Niedersachsen ist das Land der erneuerbaren Energien. Für die SPD in Niedersachsen gilt nach wie vor: „Atomkraft - Nein Danke!“ Die immer neuen Hiobsbotschaften aus der „Asse-Region“ und aus Gorleben bestätigen: Die Nutzung der Atomenergie ist nicht beherrschbar. Die SPD stellt klar: Die **Erkundung von Endlagern** muss in ganz Deutschland stattfinden. Niedersachsen ist nicht das Atomklo der Energiewirtschaft. Für uns gilt: Es darf **keine zweite Asse** geben!

Außerdem dürfen die **Strompreise** nicht länger der **Geldautomat** für eine Handvoll privater Energieriesen sein. Die SPD streitet für dezentrale Versorgungsstrukturen, eine intensivere Nutzung der erneuerbaren Energien und langfristig bezahlbaren Strom ohne Gesundheitsrisiko überall in Niedersachsen.

G UTE SCHULE & KINDERTAGESSTÄTTEN

– GERECHTE CHANCEN FÜR KINDER ÜBERALL

Gute Bildung braucht gute Schulen. Dabei reden wir nicht nur über Schulstrukturen, denn „Gute Schule“ ist mehr. Die von CDU und FDP betriebene Einführung der Oberschule ist eine halbe Sache. Diese neue Schulform löst weder Standortprobleme infolge des Schülerrückganges, noch ist sie Antwort auf das geänderte Wahlverhalten von Eltern in Bezug

auf Schulformen. Kommunen wollen gemeinsam mit Eltern und Schulen die Schullandschaft vor Ort möglichst selbst gestalten können. Ein 2-Wege-Modell aus Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen ist für uns denkbar.

Nach Ansicht der SPD in Niedersachsen ist es gerechter, den Willen der Eltern zu respektieren und die **Mindestzügigkeit neuer Integrierter Gesamtschulen (IGS)** auf vier und in Ausnahmen auf drei zu senken. Wir werden es den Oberschulen deshalb in enger Zusammenarbeit mit Eltern und den Städten und Gemeinden ab 2013 ermöglichen, sich zu Integrierten Gesamtschulen weiterzuentwickeln. Gute Schulen sind echte Ganztagschulen mit guter Unterrichtsversorgung, mit kleineren Klassen, mehr Beratungslehrkräften und Schulsozialarbeit. Kein Jugendlicher soll ohne qualifizierten Abschluss die Schule verlassen.

Die niedersächsische SPD will die gemeinsame Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen. Und gute Chancen müssen von Anfang an gegeben sein! Wir wollen, dass es so viele Krippenplätze gibt, wie benötigt werden. Deshalb ist der **Ausbau der Betreuungsplätze** ohne Alternative. Dies darf aber nicht zu Lasten der Qualität von Betreuung gehen. Wir fordern darum konkret: 1) In Krippen eine Erzieherin für fünf Kleinkinder statt wie bisher für durchschnittlich 7,5 Kinder. 2) Erhöhung der Verfügungszeit für Erzieherinnen und Erzieher von 7,5 auf 12 Stunden pro Gruppe. 3) Reduzierung der Gruppengröße bei Drei- bis Sechsjährigen von 25 auf 20 Kinder. 4) Verbesserte Integration von Kindern mit Behinderungen auch bei den ganz Kleinen.

Zu guten Zukunfts- und Lebens-Chancen gehören gute und gleiche Chancen von Anfang an. Unter der CDU/FDP-Landesregierung hat sich aus vielen sogenannten Prestigeobjekten ein unkoordinierter Wildwuchs von Beratungseinrichtungen entwickelt. Dies verhindert eine moderne, zielgenaue **Familien- und Kinderförderung**. Die SPD wird diesen Wildwuchs ordnen und Einrichtungen weiterentwickeln zu kommunalen Unterstützungs- und Beratungsangeboten aus einem Guss. Eine gute Beratung von jungen Familien, gute Gesundheitsvorsorge und gute Arbeit sind für uns drei zentrale Eckpfeiler eines guten Lebens. Wir wollen Mehrgenerationenhäuser, Familienzentren und Senioren-Servicebüros zu Familien-Servicezentren bündeln. Mit der SPD wird Niedersachsen wieder **Kinder- und Familienland** - ohne Alleinlebende dagegen auszuspielen!

G RUNDVERSORGUNG VOR ORT

– DIE HEIMAT WIEDER STARK MACHEN

Die CDU/FDP-Landesregierung setzt rücksichtslos auf Vorfahrt für private Unternehmen. Sie hat es beispielsweise im Bundesrat versäumt, Sonderregelungen für öffentliche Sparkassen bei

der Bankenabgabe durchzusetzen. Kleine Sparkassen werden nun genauso behandelt wie international tätige Spekulanten, die die Finanzmarktkrise ausgelöst haben.

Die CDU/FDP-Regierung degradiert die **Städtebauförderung** zur Sparbüchse für das Land. Ca. 5 Mio. € kürzt die Landesregierung in diesem Bereich. Hinzu kommen 2011 noch Kürzungen der schwarz-gelben Bundesregierung beim Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ um 70 Prozent. Dabei gilt: Jeder Euro an öffentlichen Mitteln in der Städtebauförderung löst acht Euro an Folgeinvestitionen vor Ort aus. Allein die Kürzungen der Landesregierung bedeuten also, dass in unseren Städten und Gemeinden rund 40 Mio. € weniger investiert werden. Die SPD will mit dem Städtebau in Niedersachsen die kommunale Entwicklung sichern, den **sozialen Zusammenhalt** vor Ort stärken und die **örtliche Wirtschaft fördern**. Besonders die Projekte der „Sozialen Stadt“ stabilisieren in Brennpunkten vor Ort den Zusammenhalt und verbessern das Wohnumfeld. Auch deshalb fordern wir, dass die Kürzungen in der Städtebauförderung unverzüglich zurückgenommen werden.

Die SPD will, dass Kommunen weiterhin eine gute und bezahlbare **Grundversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger** bereitstellen können. Nur so gibt es gesellschaftliche Teilhabe und die Sicherung grundlegender Lebensbedürfnisse für jeden. Deshalb streiten wir beispielsweise für einen verlässlichen, gut ausgebauten öffentlichen **Personennahverkehr**, eine funktionierende, bezahlbare **Müllabfuhr** und Abfallwirtschaft, flächendeckende Versorgung mit schnellem **Internet (DSL)**, eine gut funktionierende Infrastruktur, optimale Wasserversorgung, **Energiesicherheit**, ein attraktives **kulturelles Angebot** und für die Förderung ehrenamtlicher Aktivitäten. Städte und Gemeinden können durch eigene Stadtwerke und Wirtschaftsbetriebe hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Diese Handlungsmöglichkeit wollen wir auf allen Ebenen - Kommunen, Land, Bund und Europa – stärken! Sparkassen und Genossenschaftsbanken sind für die Versorgung vor Ort und für die lokalen Unternehmen von zentraler Bedeutung. Deshalb werden wir jeden Angriff in aller Deutlichkeit zurückweisen. Die Grundversorgung der Menschen gehört in die öffentliche Hand. Sie darf nicht dem Gewinnstreben Einzelner geopfert werden. Sie muss für alle zugänglich und bezahlbar bleiben.

Überdies gehören für die SPD gesunde Lebensmittel, nachhaltige Landwirtschaft und konsequenter Verbraucherschutz zu einer guten Grundversorgung für alle.



INTEGRATION

– HERAUSFORDERUNG UND CHANCE

Unsere Städte und Gemeinden sind der Ort der Integration. In Niedersachsen leben rund 1,3 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund. Aus dieser Vielfalt erwachsen Chancen. Einwanderung verlangt Integration als gemeinsame Anstrengung. Integration gelingt nur, wenn beide Seiten dazu bereit sind. Niedersachsens Städte und Gemeinden sind für die meisten Migrantinnen und Migranten zur Heimat geworden, die sie mitgestalten wollen. Mehr gesellschaftliche Teilhabe durch ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger, frühkindliche Bildung, Sprachförderung, Ganztagsbetreuung sowie eine gute Schule für mehr Aufstiegs-Chancen müssen in den Mittelpunkt einer **modernen, ernsthaften Integrationspolitik** gestellt werden. Uns ist klar: Alle verspielen Chancen, wenn sie Integration nicht nutzen.

Die CDU/FDP-Regierung verantwortet eine Integrationspolitik, die Chancen verbaut, statt Chancen zu eröffnen. Schwarz-Gelb kritisiert Integrationsverweigerung, stellt aber gleichzeitig nicht genug Geld für Sprach- und Integrationskurse zur Verfügung. Schwarz-Gelb will Betreuungsgeld an Eltern zahlen, die ihr Kind zu Hause betreuen, was gerade Kinder von Migranten massiv benachteiligt. Schwarz-gelbe Integrationspolitik grenzt aus, statt Teilhabe zu ermöglichen.

Das Konzept der niedersächsischen SPD stellt klar: Integration gelingt, wenn alle Menschen die gleiche Chance auf Teilhabe am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben in unserer Gesellschaft haben. Integration gelingt, wenn zugewanderte Menschen bereit sind, erhebliche Anstrengungen auf sich zu nehmen, ohne alleine gelassen zu werden. Zu gelingender Integration gehören auch die Bereitschaft und die Möglichkeiten, die **deutsche Sprache** zu erlernen. Es ist richtig und wichtig, dass Integration als gemeinschaftliche Aufgabe angegangen und vorangetrieben wird.



S TARKE KOMMUNEN, STARKE WIRTSCHAFT

– SOLIDE FINANZEN, STARKES LAND

Wir wollen ein attraktives Lebensumfeld im Alltag für alt und jung, für Familien und Singles, Männer und Frauen. Aber: Die Städte, Gemeinden und Landkreise verfügen über zu wenig Geld. Um die Handlungs- und Leistungsfähigkeit der Kommunen langfristig sicherzustellen, werden wir die Gewerbesteuer durch das „**Kommunalmodell**“ (Verbreiterung der Bemessungsgrundlage durch Einbeziehung der Freien Berufe) ausbauen und stabilisieren. Und starke Kommunen brauchen neben den nötigen finanziellen Mitteln auch Planungsmöglichkeiten, um das Baurecht wirksam – beispielsweise den Bau von Intensivtierhaltungsbetrieben oder Biogasanlagen – steuern zu können.

Die von der CDU/FDP-Landesregierung angedachte Abschaffung der Gewerbesteuer kommt für die SPD nicht in Frage. Die Einführung eines kommunalen Hebesatzrechtes bei der Einkommenssteuer lehnen wir entschieden ab. Darüber hinaus muss der Bund die Kommunen von den laufend steigenden Ausgaben für die soziale Sicherung (Grundsicherung im Alter, Kosten der Unterkunft) entlasten. Wir wollen den kommunalen Finanzausgleich Schritt für Schritt wieder anheben: Zuerst werden wir deshalb die **Kürzungen von 2005 rückgängig** machen.

Niedersachsens Wirtschaft ist stark durch fleißige Menschen, die durch ihre Arbeit und ihren Ideenreichtum Unternehmen zum Erfolg führen. Schwarz-Gelb hat sich von einer gestaltenden Wirtschafts- und Industriepolitik verabschiedet. Damit Niedersachsens Wirtschaft vorn bleibt, brauchen wir innovative Wirtschaftspolitik. Gewerkschaften, kleine und große Unternehmen, Hochschulen und Forschung bilden ein Netz starker Partner. Eine **Fachkräfteoffensive** ist konkrete sozialdemokratische Zukunftspolitik.

Wir wollen unser Niedersachsen als zukunftsfähiges Mobilitätsland, mit Spitzentechnologie auf Weltniveau weiter ausbauen.



FAZIT

Die amtierende niedersächsische Landesregierung glänzt mit **rückwärtsgewandter** Politik und Konzeptionslosigkeit. Sie lässt die Kommunen bei Erhalt und Ausbau von Schulen, Kindertagesstätten, beim Personennahverkehr und bei sicheren Straßen allein. Sie verschärft die **Probleme durch Untätigkeit** bei der Neuordnung der Steuerkonzepte für stärkere Kommunen und durch gedankenlose Streichungen bei den Landesfinanzzuweisungen. Für die Folgen des demografischen Wandels und für eine innovative Wirtschaftsförderung in den Regionen hat sie außer ihrer **Rotstiftpolitik** keine Konzepte. Die Proteste der Menschen gegen **Dumpinglöhne** und Leiharbeit bleiben ungehört. Die Regierung steht für eine Energiepolitik, die den Konzernen die **Taschen füllt**, den Menschen den **Atommüll** vor die Haustür kippt und den verstärkten Ausbau regenerativer Energien verhindert. „Gute Schulen“ diskutiert sie mit ideologischen **Scheuklappen** und verhindert so zukunftsfähige Konzepte. Die Politik von CDU/FDP in den Räten und Kreistagen ist die kommunale Fortsetzung ihres politischen **Holzweges** auf Bundes- und Landesebene. Diese Politik muss durch eine faire Politik für alle Menschen abgelöst werden.

Die SPD in Niedersachsen steht für eine gerechte, fortschrittliche und soziale Politik. Wir haben den Mut, aus Fehlern zu lernen und deshalb überzeugen wir mit durchdachten Lösungen. Spielplätze, Kindergärten und Schulen sind kein Luxus, Strom und Gas müssen bezahlbar, Straßen und Wasserwege sicher bleiben. Bus und Bahn, Müllabfuhr und schnelles Internet müssen für alle verfügbar und erschwinglich sein. Uns liegt eine lebenswerte Umwelt genauso am Herzen wie eine gute und bezahlbare Versorgung der Menschen mit Gemeinschaftseinrichtungen. All das entscheiden wir nicht mal eben über die Köpfe der Menschen hinweg. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hören zu, nehmen die Sorgen und Nöte ernst und setzen uns entschlossen ein.

Dafür steht die SPD - vor und nach Wahlen und überall. Dort, wo die Menschen wohnen und leben. Dort, wo sie sich wohlfühlen.

Dort wo unsere Heimat ist: IN NIEDERSACHSEN.

